Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)

Vom 25. März 1996 (Stand 1. April 2023)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:[1)]

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

[1] Dieses Gesetz regelt die Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994[2)] und der sich darauf stützenden Bundeserlasse.

[2] ... *

§ 2 Vollzug durch Dritte

[1] Der Regierungsrat kann Dritte, zum Beispiel die Versicherer und/oder die Ausgleichskasse Basel-Landschaft, mit dem Vollzug von Abschnitt 4 dieses Gesetzes betrauen.

[2] Die Übertragung des Vollzugs an die Ausgleichskasse Basel-Landschaft bedarf der Genehmigung des Bundesamts für Sozialversicherung.

2 Versicherungsobligatorium Krankenpflegeversicherung

§ 3 Kontrolle der Versicherungspflicht

[1] Die Gemeinden kontrollieren die Einhaltung der Versicherungspflicht ihrer anmeldepflichtigen Einwohner und Einwohnerinnen.

[2] Für diese Kontrolle haben die Versicherten auf Verlangen eine Kopie ihres Versicherungsausweises vorzulegen.

§ 4 Zuweisung an einen Versicherer durch die Gemeinde

[1] Personen, die ihrer Versicherungspflicht auf Hinweis der Gemeinde nicht rechtzeitig nachkommen, werden von der Gemeinde einem Versicherer zugewiesen.

1) In der Volksabstimmung vom 9. Juni 1996 angenommen.
2) SR 832.10

§ 5 * …

2bis Zahlungsverzug der Versicherten *

§ 6 * **Zahlungsverzug der Versicherten**

[1] Die Krankenversicherer melden der zuständigen Behörde unverzüglich und unaufgefordert diejenigen Versicherten, die wegen ausstehender Prämien oder Kostenbeteiligungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung betrieben werden. Die Meldung umfasst die im Bundesrecht vorgesehenen Daten. *

[2] Die Behörde informiert das kantonale Sozialamt über den Eingang der Meldung nach Abs. 1. Sie kann diesem die gemeldeten Daten weitergeben. Das kantonale Sozialamt informiert die kommunale Sozialhilfebehörde. *

[3] Die Sozialhilfebehörde berät die ihr gemeldeten Versicherten und unterstützt sie bei Bedürftigkeit gemäss der Sozialhilfegesetzgebung. *

§ 6a * …

§ 6b * …

§ 6c * **Zuständige kantonale Behörde und Revisionsstelle**

[1] Der Regierungsrat bezeichnet die zuständige kantonale Behörde für die Übernahme von Forderungen aufgrund von ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie die entsprechende Revisionsstelle.

[2] Er kann ihnen zusätzliche Aufgaben übertragen.

§ 6d * **Verlustscheine**

[1] Der Kanton kann sich von den Krankenversicherern gegen Entschädigung Verlustscheine abtreten lassen. Die zuständige Behörde gemäss § 6c kann mit den Krankenversicherern entsprechende Verträge abschliessen.

[2] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

3 Gesundheitsförderung

§ 7 Kantonsbeiträge Gesundheitsförderung

[1] Der Kanton beteiligt sich mit den Versicherern und den anderen Kantonen an der Institution zur Förderung der Gesundheit und zur Verhütung von Krankheiten gemäss Art. 19 KVG.

[2] Der Regierungsrat beschliesst den Beitritt und legt den Beitrag an den Betrieb dieser Institution abschliessend fest.

4 Prämienverbilligung

§ 8 * Anspruch

[1] Obligatorisch Krankenpflegeversicherte mit unteren und mittleren Einkommen haben Anspruch auf Prämienverbilligung.

[1bis] Junge Erwachsene bis 25 Jahre haben keinen Anspruch auf Prämienverbilligung, wenn ihre Eltern in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben und wenn für sie eine Ausbildungszulage nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen[3)] ausgerichtet wird. Dies gilt nicht für Personen, die verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft leben oder denen bei der Staatssteuer ein Kinderabzug gewährt wird oder die Sozialhilfe beziehen. *

[2] Die Höhe der Prämienverbilligung entspricht der Differenz zwischen der Jahresrichtprämie und einem Prozentanteil am massgebenden Jahreseinkommen.

[2bis] Der ausbezahlte Betrag darf die tatsächlich bezahlte Prämie nicht übersteigen. *

[3] Für anspruchsberechtigte Kinder werden mindestens 80 % und für anspruchsberechtigte junge Erwachsene bis 25 Jahre mindestens 50 % der entsprechenden kantonalen Jahresrichtprämie ausgerichtet. *

§ 8a * Einkommensobergrenzen, Prozentanteil, Jahresrichtprämie und günstige wirtschaftliche Verhältnisse *

[1] Der Landrat legt fest: *

a. für verschiedene Berechnungseinheiten die anspruchsabschliessenden Obergrenzen des massgebenden Jahreseinkommens,

b. den Prozentanteil am massgebenden Jahreseinkommen.

[2] Der Regierungsrat legt fest: *

a. * die Jahresrichtprämien für jede bundesrechtliche Prämienkategorie, wobei diejenige für Erwachsene mindestens 20 % unter dem kantonalen Prämiendurchschnitt für die obligatorische Krankenpflegeversicherung liegt;

b. * die Untergrenzen des massgebenden Jahreseinkommens für günstige, wirtschaftliche Verhältnisse von Eltern junger Erwachsener, wobei diese mindestens um den Faktor 2,75 grösser sind als die anspruchsabschliessenden Obergrenzen des massgebenden Jahreseinkommens der jeweiligen Berechnungseinheiten.

3) SR 836.2

§ 9 * Massgebendes Jahreseinkommen

[1] Das massgebende Jahreseinkommen entspricht dem Zwischentotal der steuerbaren Einkünfte (ohne Einkünfte aus Liegenschaften) vermehrt um: *

a. das Nettoeinkommen aus nicht selbst bewohnten Liegenschaften;
b. 20 % des steuerbaren Vermögens, sowie vermindert um
c. geleistete Unterhaltsbeiträge, für die bei der Staatsteuer ein Abzug gewährt wird;
d. CHF 5'000 für jedes Kind, für welches bei der Staatssteuer ein Kinderabzug gewährt wird.

[2] Das Nettoeinkommen aus nicht selbst bewohnten Liegenschaften gemäss Abs. 1 Bst. a entspricht den steuerbaren Einkünften aus diesen Liegenschaften abzüglich dem Pauschalabzug für Liegenschaftsunterhaltskosten. *

[3] Massgebend ist die rechtskräftige Steuerveranlagung für das Vor-Vorjahr.

[4] Die Personen, die durch die Steuerveranlagung gemäss Abs. 3 als Steuersubjekte erfasst sind, werden zur Berechnung der Prämienverbilligung zusammengefasst (Berechnungseinheit).

[5] Für Personen, die keine Steuerveranlagung gemäss Abs. 3 haben:

a. und die die Volljährigkeit erreichen, richten sich das massgebende Jahreseinkommen und die Berechnungseinheit nach den Verhältnissen des Vorjahres;
b. bestimmt in den übrigen Fällen der Regierungsrat das massgebende Jahreseinkommen und die Berechnungseinheit.

§ 9a * Veränderte Verhältnisse

[1] Hat sich im Vorjahr gegenüber der Steuerveranlagung gemäss § 9 Abs. 3 das massgebende Jahreseinkommen um mehr als 20 % oder die personelle Zusammensetzung der Berechnungseinheit verändert, wird die Prämienverbilligung auf Gesuch hin entsprechend angepasst.

[2] Wirkt sich das Gesuch auf die Prämienverbilligung einer anderen Person aus, ist deren Prämienverbilligung von Amts wegen und unter Wahrung deren Verfahrensrechte anzupassen.

§ 9b * Beginn und Ende des Anspruchs

[1] Der Anspruch auf Prämienverbilligung beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.

[2] Er endet während des Kalenderjahres:

a. bei Wegzug ins Ausland;
b. bei Tod einer Person, die eine Berechnungseinheit gebildet hat.

§ 9c * **Verwirkung**

[1] Gesuche um Prämienverbilligung sind bis Ende des Anspruchsjahres einzureichen, ansonsten der Anspruch verwirkt.

[2] Antragsformulare für Prämienverbilligung, die von Amts wegen oder auf Gesuch hin zugestellt worden sind, sind innerhalb 1 Jahres seit Zustellung einzureichen, ansonsten der Anspruch verwirkt.

§ 10 * **…**

§ 11 * **Ausrichtung**

[1] Die Prämienverbilligung wird den Krankenversicherern ausgerichtet. *

[2] Bei verspäteter Ausrichtung besteht kein Anspruch auf Verzugszins.

[3] Kleinbeträge werden nicht ausgerichtet. Der Regierungsrat legt die Grenze fest.

§ 11a * **…**

§ 11b * **…**

§ 12 Mitwirkung der Betroffenen

[1] Personen, die Anspruch auf Prämienverbilligung erheben, haben den Vollzugsbehörden alle zur Abklärung der Anspruchsberechtigung erforderlichen Angaben wahrheitsgetreu zu vermitteln. Dies gilt auch für Angaben zur Vermeidung von Mehrfachsubventionen.

[2] Bei der Bearbeitung von Gesuchen von jungen Erwachsenen können zur Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern deren Steuerdaten beigezogen werden, wenn diese im Kanton Basel-Landschaft Wohnsitz haben. *

§ 12a * **…**

§ 12b * **Mitwirkung der Krankenversicherer**

[1] Die im Kanton Basel-Landschaft tätigen Krankenversicherer erteilen der Ausgleichskasse auf Anfrage Auskunft über das Versicherungsverhältnis nach KVG einer Person mit Anspruch auf Prämienverbilligung.

[2] Die im Kanton Basel-Landschaft tätigen Krankenversicherer melden der Ausgleichskasse auf Anfrage den gesamten Versichertenbestand nach KVG für den Abgleich der Datenbestände gemäss Verordnung des EDI über den Datenaustausch für die Prämienverbilligung[4)].

4) SR 832.102.2

[3] Die Ausgleichskasse meldet einem im Kanton Basel-Landschaft tätigen Krankenversicherer auf Anfrage den gesamten Verfügungsbestand der bei diesem Krankenversicherer nach KVG versicherten Personen für den Abgleich der Datenbestände.

§ 12c * Mitwirkung der kantonalen Steuerverwaltung

[1] Die kantonale Steuerverwaltung stellt der Ausgleichskasse kostenlos die für die Durchführung der Prämienverbilligung und für das Erstellen von Prognosen über deren Entwicklung notwendigen Daten zur Verfügung. Die Daten werden der Ausgleichskasse elektronisch übermittelt oder von dieser bei der kantonalen Steuerverwaltung abgerufen.

[2] Die im Rahmen dieses Gesetzes tätigen Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und unterliegen dem Amtsgeheimnis.

§ 13 Rückerstattungen

[1] Zu Unrecht ausgerichtete Leistungen sind zurückzuerstatten. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) vom 6. Oktober 2000[5)]. *

[2] Kleinbeträge werden nicht zurückerstattet. Der Regierungsrat legt die Grenze fest. *

§ 13a * Verrechnung

[1] Rückforderungen von zu Unrecht bezogenen Leistungen gemäss § 13 können mit fälligen Prämienverbilligungen verrechnet werden.

§ 14 * …

§ 15 Rechtspflege

[1] Der Regierungsrat hat ein Einspracheverfahren für die Prämienverbilligung vorzusehen.

[2] Gegen Einspracheentscheide kann Beschwerde beim Kantonsgericht (Abteilung Sozialversicherungsrecht) erhoben werden. *

[3] Die Fristen für Einsprache und Beschwerde betragen 30 Tage. *

5) SR 830.1

5 Finanzierung von Pflegeleistungen *

§ 15a * Finanzierung von Pflegeleistungen durch die Gemeinde

1 Bei Pflegeleistungen nach der Krankenversicherungsgesetzgebung, ausgenommen bei Leistungen der Akut- und Übergangspflege, übernimmt die Gemeinde die Differenz zwischen den anrechenbaren Kosten der Pflegeleistungen und dem Beitrag der obligatorischen Krankenversicherung abzüglich des Anteils der versicherten Person. *

1bis Zuständig ist unter Vorbehalt von § 32 des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes[6)]: *

a. bei ambulanten Pflegeleistungen die Gemeinde, in welcher die versicherte Person ihren Wohnsitz hat;
b. bei stationären Pflegeleistungen die Gemeinde, in welcher die versicherte Person vor dem Heimeintritt ihren Wohnsitz hatte.

2 Die Beiträge der Gemeinde werden an den Leistungserbringer ausgerichtet und können pauschaliert werden.

§ 15b * Finanzierung von Pflegeleistungen durch den Kanton *

1 … *

2 … *

3 Bei Personen, die in Heimen leben, welche über eine Anerkennung nach dem Behindertenhilfegesetz verfügen, werden die Beiträge nach § 15a durch den Kanton übernommen. *

§ 15b^bis * Pflegerischer Mehrbedarf

1 Übersteigt der Pflegebedarf einer Bewohnerin oder eines Bewohners eines Pflegeheims in medizinisch begründeten Einzelfällen denjenigen der höchsten Pflegestufe, wird der Mehrbedarf durch den Kanton abgegolten.

2 Der Pflegebedarf ist vorgängig durch die zuständige Direktion überprüfen zu lassen.

3 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 15c * Anrechenbare Kosten von ambulanten Pflegeleistungen *

1 Der Regierungsrat legt periodisch, mindestens alle 4 Jahre, nach Anhörung der Gemeinden und der Leistungserbringer die anrechenbaren Kosten für ambulante Pflegeleistungen pro Leistungskategorie kantonsweit einheitlich fest (Normkosten). *

2 Die Normkosten decken die Kosten der ambulanten Pflegeleistungen nach der Krankenversicherungsgesetzgebung unter Berücksichtigung einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung. *

6) SGS 941

[3] Die zuständige Direktion kann zum Zweck der Ermittlung der Normkosten bei den Leistungserbringern Daten erheben und Betriebsvergleiche durchführen. *

§ 15c^bis * Anrechenbare Kosten von stationären Pflegeleistungen

[1] Die Versorgungsregionen gemäss Altersbetreuungs- und Pflegegesetz legen periodisch, mindestens alle 2 Jahre, nach Anhörung der Leistungserbringer die anrechenbaren Kosten der Pflegeleistungen für diejenigen stationären Pflegeeinrichtungen fest, mit denen sie eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen haben.

[2] Für die Festlegung der anrechenbaren Kosten von Leistungserbringern, welche mit mehreren Versorgungsregionen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen haben, ist diejenige Versorgungsregion zuständig, in welcher der Leistungserbringer seinen Betriebsstandort hat.

[3] Die anrechenbaren Kosten decken die Kosten der stationären Pflegeleistungen nach der Krankenversicherungsgesetzgebung unter Berücksichtigung einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung.

[4] Zum Zweck der Ermittlung der anrechenbaren Kosten stellt der Kanton den Versorgungsregionen jeweils die Daten zur Verfügung, die er gestützt auf §§ 13 und 14 des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes[7)] erhoben hat.

[5] Eine Neufestlegung der anrechenbaren Kosten erfolgt mindestens 3 Monate im Voraus auf den Beginn eines Kalenderjahres.

§ 15c^ter * Finanzierung von Pflegeleistungen in ausserkantonalen Pflegeheimen

[1] Bei einem Aufenthalt in einem ausserkantonalen Pflegeheim leistet die Gemeinde einen Beitrag gemäss § 15a nach der Regelung des Standortkantons des Pflegeheims, jedoch höchstens zu demjenigen Betrag, den sie bei einem Aufenthalt im Pflegeheim mit den höchsten anrechenbaren Kosten im Kanton übernehmen würde.

[2] Sofern die Gemeinde der versicherten Person zum Zeitpunkt des Heimeintritts keinen Pflegeheimplatz im Kanton zur Verfügung stellen kann, leistet sie einen Beitrag gemäss § 15a nach der Regelung des Standortkantons des Pflegeheims.

§ 15d * Kostenanteil der versicherten Person

[1] Der Kostenanteil der versicherten Person entspricht:

a. bei stationären Pflegeleistungen dem höchsten Anteil nach der Bundesgesetzgebung;
b. bei ambulanten Pflegeleistungen der Hälfte des höchsten Anteils nach der Bundesgesetzgebung.

7) SGS 941

[2] Der Kostenanteil der versicherten Person darf im Einzelfall die anrechenbaren Kosten abzüglich des Beitrags der obligatorischen Krankenpflegeversicherung nicht übersteigen. *

[3] Bei Kindern bis zum vollendeten 18. Altersjahr wird kein Kostenanteil erhoben.

§ 15e * Leistungen der Akut- und Übergangspflege

[1] Die Leistungen der Akut- und Übergangspflege erfolgen im Anschluss an einen Akutspitalaufenthalt während längstens 2 Wochen unter folgenden Voraussetzungen:

a. medizinische Notwendigkeit, begründet durch einen vorübergehend erhöhten Pflegebedarf;
b. keine Notwendigkeit eines Aufenthalts in einer Rehabilitationsklinik oder einer geriatrischen Abteilung eines Spitals;
c. Überweisung durch einen Spitalarzt mit einem Zeugnis, aus dem der Pflegebedarf und die erforderlichen Pflegemassnahmen hervorgehen.

[2] Der Kanton stellt das Angebot für Leistungen der ambulanten und stationären Akut- und Übergangspflege sicher und übernimmt die daraus entstehenden Kosten anteilmässig nach der Krankenversicherungsgesetzgebung. Er kann mit entsprechenden Leistungserbringern Leistungsvereinbarungen abschliessen.

6 Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 16 Änderung bisherigen Rechts

[1] Die Verwaltungsprozessordnung vom 16. Dezember 1993[8)] wird wie folgt geändert: ...[9)]

[2] Das Spitalgesetz vom 24. Juni 1976[10)] wird wie folgt geändert: ...[11)]

[3] Das Schulgesetz vom 26. April 1979[12)] wird wie folgt geändert: ...[13)]

§ 17 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Das Gesetz vom 18. Mai 1989[14)] über die Krankenpflegeversicherung (GKV) wird aufgehoben.

8) GS 31.847, SGS 271
9) GS 32.477
10) GS 26.187, SGS 930
11) GS 32.477
12) GS 27.169, SGS 640
13) GS 32.478
14) GS 30.160, SGS 362

[2] Das Dekret vom 5. Juni 1989[15)] über die Krankenpflegeversicherung (DKV) wird aufgehoben.

§ 17a * …

§ 17b * Übergangsbestimmung betreffend Wegkauf des Leistungsaufschubes bei unterstützten Personen

[1] Für Forderungen der Versicherer, für welche gemäss Übergangsbestimmung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 19. März 2010 der Leistungsaufschub bestehen bleibt, gilt § 6b während 6 Monaten ab dem Inkrafttreten weiter, sofern die sozialhilferechtliche Unterstützung im Jahr 2011 entstanden ist.

§ 17c * Übergangsbestimmung betreffend Mehrkosten in der Pflege infolge der Covid-19-Epidemie

[1] Bei der erstmaligen Festlegung der anrechenbaren Kosten der Pflegeleistungen gemäss § 15c[bis] berücksichtigen die Versorgungsregionen die Mehrkosten, die den einzelnen stationären Pflegeeinrichtungen in den Jahren 2020 und 2021 infolge der Covid-19-Epidemie entstanden sind. Diese Mehrkosten werden in Form eines zeitlich befristeten Zuschlags zu den anrechenbaren Kosten abgegolten.

§ 18 Inkrafttreten

[1] Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft. Es untersteht der nachträglichen Volksabstimmung innert 6 Monaten gemäss § 63 Abs. 4 der Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984[16)].

15) GS 30.166, SGS 362.1
16) SGS 100

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
25.03.1996	01.01.1996	Erlass	Erstfassung	GS 32.474
06.06.2002	01.01.2003	§ 1 Abs. 2	aufgehoben	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 5	aufgehoben	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 8a	eingefügt	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 9	totalrevidiert	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 9a	eingefügt	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 9b	eingefügt	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 10	aufgehoben	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 11	totalrevidiert	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 13 Abs. 2	eingefügt	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 14	aufgehoben	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 15 Abs. 2	geändert	GS 34.598
06.06.2002	01.01.2003	§ 15 Abs. 3	geändert	GS 34.598
14.10.2004	01.01.2004	§ 9c	eingefügt	GS 35.428
21.09.2006	01.01.2007	§ 8	totalrevidiert	GS 35.1057
21.09.2006	01.01.2007	§ 8a	Titel geändert	GS 35.1057
21.09.2006	01.01.2007	§ 8a Abs. 1	geändert	GS 35.1057
21.09.2006	01.01.2007	§ 11b	aufgehoben	GS 35.1057
21.09.2006	01.01.2007	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 35.1057
09.12.2010	01.01.2011	Titel 5	eingefügt	GS 37.481
09.12.2010	01.01.2011	§ 15a	eingefügt	GS 37.481
09.12.2010	01.01.2011	§ 15b	eingefügt	GS 37.481
09.12.2010	01.01.2011	§ 15c	eingefügt	GS 37.481
09.12.2010	01.01.2011	§ 15d	eingefügt	GS 37.481
09.12.2010	01.01.2011	§ 15e	eingefügt	GS 37.481
01.12.2011	01.07.2011	§ 6	totalrevidiert	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 6a	aufgehoben	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 6b	aufgehoben	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 6c	eingefügt	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 6d	eingefügt	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 8 Abs. 2bis	eingefügt	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 11a	aufgehoben	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 12a	aufgehoben	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 13a	eingefügt	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 17a	aufgehoben	GS 37.823
01.12.2011	01.07.2011	§ 17b	totalrevidiert	GS 37.823
31.10.2013	01.01.2014	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 2014.001

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
31.10.2013	01.01.2014	§ 9 Abs. 2	geändert	GS 2014.001
14.11.2013	01.01.2014	§ 12b	eingefügt	GS 2014.013
14.11.2013	01.01.2014	§ 12c	eingefügt	GS 2014.013
08.05.2014	01.01.2015	§ 8 Abs. 1bis	eingefügt	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	§ 8a	Titel geändert	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	§ 8a Abs. 2	geändert	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	§ 8a Abs. 2, Bst. a.	eingefügt	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	§ 8a Abs. 2, Bst. b.	eingefügt	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	§ 12 Abs. 2	eingefügt	GS 2014.078
08.05.2014	01.01.2015	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	GS 2014.078
23.10.2014	16.03.2015	Titel 2bis	eingefügt	GS 2015.016
23.10.2014	16.03.2015	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2015.016
23.10.2014	16.03.2015	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2015.016
23.10.2014	16.03.2015	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2015.016
23.10.2014	16.03.2015	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2015.016
16.11.2017	01.01.2018	§ 15a Abs. 1	geändert	GS 2018.005
16.11.2017	01.01.2018	§ 15b Abs. 2, Bst. a.	geändert	GS 2018.005
16.11.2017	01.01.2018	§ 15b Abs. 2, Bst. a.^{bis}	eingefügt	GS 2018.005
16.11.2017	01.01.2018	§ 15b Abs. 3	eingefügt	GS 2018.005
16.11.2017	01.01.2018	§ 15b^{bis}	eingefügt	GS 2018.005
16.11.2017	01.01.2018	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2018.005
31.10.2019	01.01.2020	§ 8 Abs. 3	geändert	GS 2020.001
31.10.2019	01.01.2020	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2020.001
16.03.2023	01.04.2023	§ 15a Abs. 1	geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15a Abs. 1bis	eingefügt	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15b	Titel geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15b Abs. 1	aufgehoben	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15b Abs. 2	aufgehoben	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c	Titel geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c Abs. 1	geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c Abs. 2	geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c Abs. 3	geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c^{bis}	eingefügt	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15c^{ter}	eingefügt	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 15d Abs. 2	geändert	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	§ 17c	eingefügt	GS 2023.036
16.03.2023	01.04.2023	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2023.036

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	25.03.1996	01.01.1996	Erstfassung	GS 32.474
§ 1 Abs. 2	06.06.2002	01.01.2003	aufgehoben	GS 34.598
§ 5	06.06.2002	01.01.2003	aufgehoben	GS 34.598
Titel 2bis	23.10.2014	16.03.2015	eingefügt	GS 2015.016
§ 6	01.12.2011	01.07.2011	totalrevidiert	GS 37.823
§ 6 Abs. 1	23.10.2014	16.03.2015	geändert	GS 2015.016
§ 6 Abs. 2	23.10.2014	16.03.2015	geändert	GS 2015.016
§ 6 Abs. 3	23.10.2014	16.03.2015	geändert	GS 2015.016
§ 6a	01.12.2011	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.823
§ 6b	01.12.2011	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.823
§ 6c	01.12.2011	01.07.2011	eingefügt	GS 37.823
§ 6d	01.12.2011	01.07.2011	eingefügt	GS 37.823
§ 8	21.09.2006	01.01.2007	totalrevidiert	GS 35.1057
§ 8 Abs. 1bis	08.05.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.078
§ 8 Abs. 2bis	01.12.2011	01.07.2011	eingefügt	GS 37.823
§ 8 Abs. 3	31.10.2019	01.01.2020	geändert	GS 2020.001
§ 8a	06.06.2002	01.01.2003	eingefügt	GS 34.598
§ 8a	21.09.2006	01.01.2007	Titel geändert	GS 35.1057
§ 8a	08.05.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014.078
§ 8a Abs. 1	21.09.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1057
§ 8a Abs. 2	08.05.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014.078
§ 8a Abs. 2, Bst. a.	08.05.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.078
§ 8a Abs. 2, Bst. b.	08.05.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.078
§ 9	06.06.2002	01.01.2003	totalrevidiert	GS 34.598
§ 9 Abs. 1	31.10.2013	01.01.2014	geändert	GS 2014.001
§ 9 Abs. 2	31.10.2013	01.01.2014	geändert	GS 2014.001
§ 9a	06.06.2002	01.01.2003	eingefügt	GS 34.598
§ 9b	06.06.2002	01.01.2003	eingefügt	GS 34.598
§ 9c	14.10.2004	01.01.2004	eingefügt	GS 35.428
§ 10	06.06.2002	01.01.2003	aufgehoben	GS 34.598
§ 11	06.06.2002	01.01.2003	totalrevidiert	GS 34.598
§ 11 Abs. 1	01.12.2011	01.07.2011	geändert	GS 37.823
§ 11a	01.12.2011	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.823
§ 11b	21.09.2006	01.01.2007	aufgehoben	GS 35.1057
§ 12 Abs. 2	08.05.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014.078
§ 12a	01.12.2011	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.823
§ 12b	14.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 2014.013
§ 12c	14.11.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 2014.013

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 13 Abs. 1	21.09.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1057
§ 13 Abs. 2	06.06.2002	01.01.2003	eingefügt	GS 34.598
§ 13a	01.12.2011	01.07.2011	eingefügt	GS 37.823
§ 14	06.06.2002	01.01.2003	aufgehoben	GS 34.598
§ 15 Abs. 2	06.06.2002	01.01.2003	geändert	GS 34.598
§ 15 Abs. 3	06.06.2002	01.01.2003	geändert	GS 34.598
Titel 5	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 15a	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 15a Abs. 1	16.11.2017	01.01.2018	geändert	GS 2018.005
§ 15a Abs. 1	16.03.2023	01.04.2023	geändert	GS 2023.036
§ 15a Abs. 1bis	16.03.2023	01.04.2023	eingefügt	GS 2023.036
§ 15b	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 15b	16.03.2023	01.04.2023	Titel geändert	GS 2023.036
§ 15b Abs. 1	16.03.2023	01.04.2023	aufgehoben	GS 2023.036
§ 15b Abs. 2	16.03.2023	01.04.2023	aufgehoben	GS 2023.036
§ 15b Abs. 2, Bst. a.	16.11.2017	01.01.2018	geändert	GS 2018.005
§ 15b Abs. 2, Bst. a.^{bis}	16.11.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2018.005
§ 15b Abs. 3	16.11.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2018.005
§ 15b^{bis}	16.11.2017	01.01.2018	eingefügt	GS 2018.005
§ 15c	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 15c	16.03.2023	01.04.2023	Titel geändert	GS 2023.036
§ 15c Abs. 1	16.03.2023	01.04.2023	geändert	GS 2023.036
§ 15c Abs. 2	16.03.2023	01.04.2023	geändert	GS 2023.036
§ 15c Abs. 3	16.03.2023	01.04.2023	geändert	GS 2023.036
§ 15c^{bis}	16.03.2023	01.04.2023	eingefügt	GS 2023.036
§ 15c^{ter}	16.03.2023	01.04.2023	eingefügt	GS 2023.036
§ 15d	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 15d Abs. 2	16.03.2023	01.04.2023	geändert	GS 2023.036
§ 15e	09.12.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 37.481
§ 17a	01.12.2011	01.07.2011	aufgehoben	GS 37.823
§ 17b	01.12.2011	01.07.2011	totalrevidiert	GS 37.823
§ 17c	16.03.2023	01.04.2023	eingefügt	GS 2023.036
Anhang 1	08.05.2014	01.01.2015	Name und Inhalt geändert	GS 2014.078
Anhang 1	23.10.2014	16.03.2015	Inhalt geändert	GS 2015.016
Anhang 1	16.11.2017	01.01.2018	Inhalt geändert	GS 2018.005
Anhang 1	31.10.2019	01.01.2020	Inhalt geändert	GS 2020.001
Anhang 1	16.03.2023	01.04.2023	Inhalt geändert	GS 2023.036

Erlasstitel	**Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG)**
SGS-Nr.	362
GS-Nr.	32.474
Erlassdatum	25.03.1996 (1995/192, Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG))
In Kraft seit	01.01.1996
> Übersicht Gesetzessammlung des Kantons BL	

Hinweis: Die Links führen in der Regel zum Landratsprotokoll (2. Lesung), woselbst weitere Links auf die entsprechende Landratsvorlage, auf den Kommissionsbericht an den Landrat und das Landratsprotokoll der 1. Lesung zu finden sind. > Mehr

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Dazugehörige Landratsvorlage/Bemerkungen
16.03.2023	2023.036	01.04.2023	2022/656, Neuregelung Kompetenzen Restfinanzierung Pflege stationär
31.10.2019	2020.001	01.01.2020	2019/458, Erhöhung Mindestanspruch für Kinder auf Prämienverbilligung
16.11.2017	2018.005	01.01.2018	2017/139, Erlass Altersbetreuungs- und Pflegegesetz
23.10.2014	2015.016	16.03.2015	2014/090, Liste mit säumigen Versicherten und Leistungsaufschub
08.05.2014	2014.078	01.01.2015	2013/066, Neuregelung Anspruch Prämienverbilligung für junge Erwachsene
14.11.2013	2014.013	01.01.2014	2013/280, Regelung Datentransfer
31.10.2013	2014.001	01.01.2014	2013/137, Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage
01.12.2011	37.823	01.07.2011	2011/148, Regelung des Zahlungsverzugs und des Leistungsaufschubs
09.12.2010	37.481	01.01.2011	2010/293, Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung
21.09.2006	35.1057	01.01.2007	2006/162, Prämienverbilligung und Leistungsaufschub für säumige Versicherte

14.10.2004	35.428	01.01.2004	2004/150, Umsetzung des Kantonsgerichtsurteils betr. Verwirkungsfrist in der Prämienverbilligung
06.06.2002	34.598	01.01.2003	2002/027, Neuordnung wg. rev. Steuergesetz und geänderten Vorschriften KVG